

Süddeutsche Zeitung / 26.04.2024

Der Staat gegen seine Feinde

In drei Mammutprozessen stehen die Verschwörer um Prinz Reuß vor Gericht: Adelige, Ex-Offiziere, selbsternannte Hellseher. Sie wollten den Umsturz, sagt die Anklage. Aber die angeblich so schwache Demokratie war schneller. Über juristisch einzigartige Verfahren.

Von Annette Ramelsberger und Benedikt Warmbrunn

Dafür, dass er die Regierung stürzen wollte, hatte sich der frühere Bundeswehroffizier Maximilian Eder nicht gut genug im Griff. Viermal hat ihn die Polizei betrunken am Steuer erwischt, einmal krachte er nach einer Verfolgungsjagd mit der Polizei sogar gegen einen Baum. Den Führerschein hatte er schon zuvor abgeben müssen, ebenfalls wegen Alkohol am Steuer. Und so wird jetzt gegen ihn, den früheren Offizier des Kommandos Spezialkräfte KSK, erst mal nicht wegen Hochverrat und Terrorverdacht verhandelt, sondern wegen vier Trunkenheitsfahrten im Bayerischen Wald und in München.

Das mit dem Hochverrat kommt später. Denn der Mann soll auch einer der Anführer der Verschwörer rund um den Frankfurter Immobilienunternehmer Heinrich XIII. Prinz Reuß gewesen sein, die laut Anklage den Bundestag stürmen, die Regierung stürzen und das Grundgesetz außer Kraft setzen wollten.

Jetzt aber geht es erst mal um Alkohol am Steuer. Und doch ist die Stimmung schon gereizt. Zwei Dutzend seiner Unterstützer sind am Donnerstagvormittag in den Münchner Gerichtssaal gekommen. Sie halten Eder für zu Unrecht verfolgt. Sie zischeln herum, das sei doch kein Recht hier, sondern „Kasperltheater“, sie gehen Wachtmeister an, die friedlich ihre Arbeit tun, fordern ihre Namen, reden von „NS-Methoden“. Dann kommt Eder herein, ein kleiner Mann im viel zu großen Anzug, hager, mit zerfurchtem Gesicht, das lange weiße Haar bis auf die Schulter. Er erinnert an den Druiden Miraculix, und diese Assoziation liegt wohl auch nicht sehr fern: Der Mann glaubt auch an geheimnisvolle Mächte, wenn auch an dunkle. Ernst und stumm schaut er in den Saal, dann zeigt er seinen Anhängern mit Daumen und Zeigefingern das Herzzeichen. Jubelnder

Applaus, sie halten ihn hier für einen selbstlosen Kämpfer gegen Kindesmissbrauch. Für einen, der sich opfert.

Unwichtig, dass ihm schon 2021 der Führerschein wegen Alkohol am Steuer entzogen wurde. Unwichtig, dass er trotzdem weiterfuhr und vier Mal mit mehr als einem Promille im Blut erwischt wurde. Unwichtig, dass er dabei einmal mit seinem Wagen fünf Fahrzeuge am Straßenrand demolierte. Und gegen einen Baum fuhr.

Eder ist nach 16 Monaten Untersuchungshaft zum ersten Mal wieder in der Öffentlichkeit, wenn auch auf der Anklagebank. Er läuft zu großer Form auf:

er, der Bauernbub aus Freilassing, der mit 18 zur Bundeswehr ging und Karriere machte. Am Ende war er Stabschef des Kommandos Spezialkräfte und Nato-Verbindungs-offizier in Georgien. Immer war er vornedran, immer der Beste, der Fitteste, der Erfolgreichste. Dann verließ ihn seine Frau. Und dann kam Corona. „Und dann kam die satanisch-rituelle Pädophilie dazu“, sagt Eder. Da hatte er wieder eine Mission: Er glaubt daran, dass Kinder in unterirdischen Bunkern gequält werden. Er will sie befreien. Nur deswegen sei er betrunken Auto gefahren, und außerdem habe er sein Auto immer im Griff gehabt. „Wenn ich den soldatischen Eid abgelegt habe, Recht und Freiheit zu verteidigen“, sagt Eder, „dann muss ich auch die Kinder verteidigen. Die sind am wehrlosesten.“

Man erfährt in diesem kleinen Prozess am Amtsgericht München sehr viel über das Selbstbild von Eder und über die Szene, in der er sich bewegt. Und man kann sich vorstellen, was demnächst am Oberlandesgericht Frankfurt passiert, wo er wegen Hochverrat angeklagt ist.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stehen in drei Mammutprozessen 26 Verschwörer vor Gericht, fast gleichzeitig, in drei Städten: München, Frankfurt und Stuttgart. Den Angeklagten wird nicht nur die Gründung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, sondern Hochverrat, also der Versuch eines Umsturzes. Darauf steht im schlimmsten Fall lebenslang, die Mindeststrafe sind zehn Jahre Haft. Hochverrat – eine solche Anklage gibt es sehr selten vor deutschen Gerichten. Es ist das schlimmste Verbrechen gegen die Demokratie und das Grundgesetz. Begangen haben sollen es hohe ehemalige Militärs, KSK-Soldaten, eine AfD-Bundestagsabgeordnete, ein Adeliger, eine Astrologin. Und Maximilian Eder, der Mann, der betrunken Auto fuhr.

Eineinhalb Jahre lang sollen die Angeklagten geplant haben, wie sie die Bundesrepublik zerschlagen, das Reichstagsgebäude stürmen, eine Militärdiktatur errichten und dann mit einer internationalen, herbeimaginierten „Allianz“ aus Geheimdiensten und Militärs ein neues Reich schaffen. Und wie sie alle festnehmen und umbringen, die die Demokratie am Leben halten: Landräte, Bürgermeister, Finanzbeamte, Richterinnen, auch einen Gerichtsvollzieher, der einen der Verschwörer besucht hatte. Die Leute von Prinz Reuß nannten das beschönigend „Säuberungen“ – ein Wort, das schon die

Nationalsozialisten geprägt haben. Man weiß, was daraus geworden ist.

Ausgerüstet hatten sie sich bereits: 382 Schusswaffen, 347 Hieb- und Stichwaffen, 148 000 Schuss Munition, ballistische Helme, schusssichere Westen, Satellitentelefone. Im Dezember 2022 warteten sie nur noch auf das Signal loszuschlagen. Einer der Militärs schrieb in internen Chats, er könne seine Leute kaum noch zurückhalten. Doch die angeblich so schwache Demokratie war schneller. Die Bundesanwaltschaft ließ am 7. Dezember 2022 bei einer bundesweiten Razzia die Verschwörer festnehmen. Jetzt, eineinhalb Jahre später, stehen die Hauptfiguren vor Gericht.

Die Angeklagten organisierten sich um den Frankfurter Immobilienunternehmer Heinrich XIII. Prinz Reuß, der nach dem Staatsstreich das Oberhaupt einer provisorischen Regierung werden sollte. Zu diesem „Rat“ zählte auch der frühere Bundeswehroffizier Rüdiger von Pescatore, der sich eng abgestimmt hatte mit zwei anderen ehemaligen Soldaten, Maximilian Eder und einem Survival-Trainer. Im „Rat“ sind auch schon Ämter verteilt worden, als Justizministerin vorgesehen war die frühere AfD-Bundestagsabgeordnete und Berliner Richterin Birgit Malsack-Winkemann. Sie hatte drei ihrer zum Kampf entschlossenen Verbündeten bereits durch den Reichstag geführt, um zu sehen, wo es sich am besten zuschlagen ließe. So sieht das die Bundesanwaltschaft.

Gegen die Mitglieder dieses „Rats“ wird in Frankfurt verhandelt, in München gegen ihre dubiosen Unterstützer, darunter eine Astrologin, ein selbst ernannter Seher und eine Hausärztin. Und in Stuttgart werden Männer eines ganz besonderen Kalibers vor Gericht stehen: die Führer der geplanten Heimatschutzkompanien, die vor Ort dafür sorgen sollten, dass sich niemand gegen den Umsturz wehrt. Sie wären auch für die „Feindeslisten“ der Verschwörer zuständig gewesen. Wer auf diesen stand, sollte beseitigt werden.

Am Oberlandesgericht Stuttgart beginnt am Montag der erste der drei Prozesse. Es gibt neun Angeklagte, militärisch erfahrene Leute, an der Waffe geschult, einige von ihnen KSK-Soldaten. Einer von ihnen hätte bei seiner Festnahme einem Polizisten fast den Arm abgeschossen, mit einer Maschinenpistole, einer verbotenen Kriegswaffe. Er ist deshalb auch wegen versuchten Mordes angeklagt und wegen Verstoß gegen das Kriegswaffengesetz. Diese Tat wird der Dreh- und Angelpunkt sein, um den Verschwörern nachzuweisen, dass

Fortsetzung...

das alles kein Witz war. Dass sie wirklich bereit waren, Gewalt anzuwenden.

Die Angeklagten werden im Hochsicherheitsgerichtsaaal in Stuttgart-Stammheim hinter übermannshohem Panzerglas sitzen, auf harten Klappstühlen. Neben ihnen je zwei Justizwachtmeister. Sie werden über geheime Gänge in den Hochsicherheitsaaal geführt, getrennt voneinander. Und dann geht es los: der Staat gegen seine Feinde. Nicht mehr im lichtlosen alten Stammheim-Gebäude vor offener Ziegelwand, wo die RAF-Angeklagten saßen. Sondern in einem neuen, hochtechnisierten, tageslichthellen Saal in Eiche.

So schön und groß dieser Raum ist, er ist nicht groß genug für all die Angeklagten aus der Gruppe um Prinz Reuß. 26 Männer und Frauen, dazu ihre mehr als 50 Verteidiger. In Italien wäre das für die Justiz nicht ungewöhnlich. Dort stehen oft Dutzende, manchmal Hunderte Angeklagte in einem Mafia-Verfahren gleichzeitig vor Gericht. Erst im vergangenen November wurden in Kalabrien 300 Mafiosi verurteilt, sie saßen eng gedrängt in einem zum Hochsicherheitsstrakt umgebauten Callcenter, 100 Meter lang, 35 Meter breit. Doch so einen Gerichtssaal gibt es in Deutschland nicht. Es spricht auch etwas dagegen: die deutsche Gründlichkeit. „Wir wollen nicht in irgendeiner Turnhalle einen Schauprozess abhalten. Wir wollen uns mit dem Individuum auseinandersetzen“, sagt der Stuttgarter OLG-Präsident Andreas Singer. Und das wird nicht Monate dauern, sondern Jahre.

In Frankreich würde dieser Terrorprozess viel schneller enden. Während der NSU-Prozess (zehn Tote) in München mehr als fünf Jahre dauerte, schaffte es die französische Justiz, den Bataclan-Prozess (130 Tote) in neun Monaten abzuschließen. Nur gelten in beiden Ländern unterschiedliche Strafprozessordnungen. In Deutschland muss jede Aussage, die ein Angeklagter schon bei der Polizei gemacht hat, noch einmal in ganzer Länge in der Hauptverhandlung ausgebreitet werden.

Was auf die drei Gerichte zukommt, lässt sich erahnen. Man muss nur nach Koblenz schauen, wo seit einem Jahr ein Prozess gegen fünf Angeklagte aus der Reichsbürgerszene läuft – Leute, die zum Teil mit den Anhängern von Prinz Reuß Kontakt hatten. Die Angeklagten von Koblenz wollten erst Bundesgesundheits-

minister Karl Lauterbach entführen und danach die Regierung stürzen – darunter macht man es in Terroristenkreisen anscheinend nicht mehr.

Im Mai 2023 hat der Koblenzer Prozess begonnen. Bis September 2023 dauerte es allein, bis die Angeklagten ausgesagt hatten – über ihre Weltsicht von Babylon über die Germanen, das Deutsche Reich bis zur DDR. Eine Angeklagte sprach sieben Tage lang, allerdings kaum über die Vorwürfe gegen sie.

Hier zur Eile zu mahnen, den Angeklagten das Wort abzuschneiden, ist rechtlich

kaum möglich. Es ist das ureigene Recht eines Angeklagten, Aussagen zur Sache zu machen. In Koblenz haben Zuschauer manchmal den Saal verlassen, wenn sie die besserwisserischen Ergüsse nicht mehr ertragen haben. Richterinnen und Richter können aber nicht einfach rausgehen,

schon wenn ihr Mundwinkel zuckt oder sie eine Augenbraue heben, könnte es Befangenheitsanträge gegen sie geben. Man kann sich also vorstellen, wie sich die Richterinnen und Richter zusammenreißen müssten, falls ihnen in Frankfurt dann der Angeklagte Maximilian Eder erklären sollte, er suche nach unterirdischen Höhlen, in denen die Mächtigen der Welt hilflose Kinder gefangen halten, ihnen Blut abzapfen und daraus einen Verjüngungstrunk brauen. Daran glaubt der Mann. Und viele seiner Mitverschwörer auch. Es ist die abstruse Erzählung des amerikanischen QAnon-Kults, antisemitisch unterlegt, rübergeschwappt nach Deutschland. Diese Haltung, dass „denen da oben“ alles zuzutrauen ist, sogar Kindermorde – dahinter können sich die Corona-Skeptiker, Rechtsradikalen, Reichsbürger und Demokratiefeinde aus der Gruppe um Prinz Reuß vereinen. Und damit konnten sie für sich offenbar auch einen Umsturz rechtfertigen.

Mancher Anwalt befürchtet, dass die drei Prozesse zur großen Show verkommen: Reichsbürger, Corona-Kritiker, Alien-Gläubige, QAnon-Verschwörer, darunter viele Adlige, Ex-Offiziere, dazu rechte Anwälte und vor allem: Bekennerfreunde. Es wird ein Kunststück werden, all die Persönlichkeiten in den Griff zu bekommen. Allerdings hat die Redefreude der Angeklagten auch einen Vorteil. „Die Angeklagten haben das Recht zu reden, aber sie haben auch das Recht, sich um Kopf und Kragen zu reden“, sagt Strafrechtsexperte Norouzi. „Die Richter lassen sie reden, nicken nett und schreiben sich alles auf. Das steht später dann alles in der Urteilsbegründung.“

Gegen die Angeklagten sprechen 400 000 Seiten Ermittlungsakten, die detailliert nachzeichnen, wie sie ihre Gruppe gegründet haben, wie sie sich – oft auf dem Schloss Lobenstein des Prinzen Reuß – getroffen haben, wie sie sogar schon die Absetzungserklärung für die Bundesregierung formuliert und sich neue Kennzeichen für Militärfahrzeuge ausgedacht hatten. Die Militärs unter ihnen waren 2022 unermüdlich unterwegs, um neue Kämpfer zu rekrutieren – da waren ihnen der Militärische Abschirmdienst und der Verfassungsschutz längst auf den Fersen. Und dem Ex-Offizier Maximilian Eder auch die bayerische Polizei – wegen der Trunkenheitsfahrten.

Bei einer so erdrückenden Beweislage wie in diesem Reichsbürgerkomplex gibt es oft nur zwei Möglichkeiten der Verteidigung: ein Geständnis, verbunden mit der Bereitschaft, dem eigenen Verein abzuschwören. Das wollen viele Überzeugte nicht. Die andere Möglichkeit: Schweigen.

Das ist schwierig, wenn andere schon geredet haben und man den Anschuldigungen nichts entgegensetzen kann. Mancher setzt auch darauf, zum Kronzeugen zu werden. Die frühere Richterin Malsack-Winkemann hat bereits tagelang bei der Polizei ausgesagt. „Die weiß, wie Justiz funktioniert“, sagt ein Anwalt: Wer bei der Aufklärung hilft, darf auf eine mildere Strafe hoffen.

Einige Anwälte fahren die Verteidigungsstrategie: alles nur eine große Spinnerei. Verwirrte Leute, durch Corona erschüttert, nichts als markige Worte, Stammtischgerede, ein Witz. So was kann bei der Öffentlichkeit schnell hängen bleiben. Auch die Koblenzer Angeklagten

wurden als „Rollator-Revolutionäre“ verspottet, nur weil zwei Rentner dabei sind. Was dagegen spricht, dass alles nur ein Witz ist: Die Leute haben Zugriff auf Waffen.

Jahrelang wurde die Reichsbürgerszene unterschätzt. Als Spinner, Frauenfeinde, Waffennarren. Bis 2016 in Georgensgmünd ein Polizist von einem Reichsbürger getötet wurde. Seitdem greifen Reichsbürger immer wieder Polizisten an. Im März 2022 fuhr einer bei einer Verkehrskontrolle einen Beamten um und verletzte ihn schwer. Er berief sich auf das von ihm frei erfundene „Recht“, Polizisten töten zu dürfen. Ein anderer Reichsbürger versuchte im April 2022, Polizisten von seinem Grundstück zu vertreiben, schoss zweieinhalb Stunden wild um sich. Ein SEK-Beamter wurde verletzt. „Das sind keine netten Onkels, die irgendwelche komischen Ideen vertreten“, sagt OLG-Präsident Singer in Stuttgart. „Sie vertreten eine gefährliche Idee: Die Bundesrepublik existiert nicht für sie, die Gesetze existieren nicht für sie. Und sie wollen sich aktiv dagegen wehren.“

Es wird jetzt also ein großes Karussell in Gang gesetzt: All die Polizisten und Ermittler und V-Leute, die in Stuttgart gehört werden, müssen auch nach Frankfurt und München. Und natürlich müssen auch die Angeklagten gehört werden, die sich schon bei der Polizei eingelassen haben. Auch wieder in München, Frankfurt, Stuttgart – außer sie berufen sich auf Paragraph 55 der Strafprozessordnung, wonach sie nicht aussagen müssen, wenn sie damit riskieren, sich selbst zu belasten. Wie man diesen Zeugen-Verschub hinkriegen will, ohne dass die Gerichte aufeinander warten müssen, ist die höhere Mathematik der Prozessplanung.

Dazu kommen die Verteidiger, die vermutlich monieren werden, dass sie nicht ordentlich verteidigen können, wenn sie nicht wissen, was ein Angeklagter in München gegen ihren Mandanten in Frankfurt ausgesagt hat. Die reicheren Angeklagten könnten Prozessbeobachter einsetzen, die mitschreiben, damit sie jederzeit wissen, was an den anderen Standorten los ist. Sonst muss ein Vertreter der Bundesanwaltschaft herumreisen und als Zeuge die neuesten Erkenntnisse an die anderen

Gerichte tragen – Erkenntnisse darüber, ob die Verschwörer nicht nur Olaf Scholz, Friedrich Merz und Annalena Baerbock „eliminieren“ wollten, sondern auch Sandra Maischberger und Markus Lanz. Ob es Prinz Reuß wirklich um die Krone im neuen Reich ging oder doch nur darum, seine in der DDR enteigneten Grundstücke zurückzubekommen. Und ob ein Mann wie Maximilian Eder verrückt ist oder verbohrt. Er hat nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* im Februar an den Vorsitzenden des OLG Frankfurt geschrieben, dass er, „solange mir machbar“, für die Aufarbeitung und die Offenlegung der „satanisch-rituellen Pädophilie“ arbeiten werde. Wenn er in Haft bleiben müsse, dann werde er „weggehen in eine andere Welt“ und damit auch kein Zweifel bleibt, schrieb er dazu: „Schierlingsbecher“. 35 Tage hat Eder in Haft jede Nahrung verweigert. „Sterbefasten“ nannte er das. Er aß erst wieder, als ihm die Zwangsernährung angedroht wurde.

Und dann, irgendwann, in zwei, drei Jahren kommt vielleicht das Urteil. Eines in Stuttgart, eines in Frankfurt, eines in München. Was aber passiert, wenn das

OLG Frankfurt zu dem Schluss kommt, dass es sich bei der Prinz-Reuß-Verschwörung um eine Terrorbande handelt, die Stuttgarter finden, dass es nur eine kriminelle Vereinigung ist und die Münchner sagen: nichts von alledem. Was passiert dann? Könnten sich die Verschwörer von Frankfurt in der Revision darauf berufen, dass in München alles für viel harmloser erachtet wurde?

Nein, sagt Revisionsexperte Ali Norouzi. Jedes Gericht sei nur für seinen eigenen Prozess verantwortlich und könne das Gehörte eigenständig würdigen. Da könne man auch zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Keine Chance also bei einer möglichen Revision. Ja, sagt auch ein Verteidiger im Reichsbürgerverfahren, so etwas müsse der Rechtsstaat aushalten. Es gehe um das regelhafte Finden eines Urteils – wie Juristen halt so reden. Verschiedene Urteile der drei Gerichte wären also juristisch kein Problem, gesellschaftlich schon. Wie sagt der Verteidiger: „Es würde kein Schwein verstehen.“

Vielleicht kommt alles aber auch ganz anders. Der Münchner Prozess, sagen erfahrene Juristen, könnte als erster en-

den. Auf all die Astrologinnen, Seher und Hausärztinnen, die oft zwar von Anfang an dabei waren, aber eher als „Exoten“ gelten, warteten nur drei, vier Jahre Haft. Eineinhalb davon haben die acht Angeklagten schon in U-Haft abgesessen. Es könnte sein, dass sie sich in einer Art „Gruppenflucht“ durch einen Deal mit Gericht und Staatsanwaltschaft zu ihren Taten bekennen und bald freikämen. Sie könnten dann als Kronzeugen in Frankfurt und Stuttgart gegen ihre alten Verschwörer-Freunde aussagen.

Eines zumindest ist sicher: Für die, die reden werden, wird es vor den drei Gerichten anders ausgehen als in dem Staat, den die Verschwörer errichten wollten. Während ihrer Planungen zum Umsturz sollen die Unterstützer im inneren Kreis eine Verschwiegenheitserklärung unterschrieben haben. Verstöße dagegen wären im Reich des „Rats“ als Hochverrat geahndet worden. Und auf Hochverrat sollte es die Todesstrafe geben.

Letztlich haben dann wohl alle Glück gehabt, dass aus ihren Plänen nichts geworden ist.